

Stellungnahme an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags zum Thema Menschenrechte und politische Teilhabe im digitalen Zeitalter

Zara Rahman

8. Juni 2020

Es ist unmöglich über digitale Technologien zu sprechen, ohne dabei den politischen, sozialen und kulturellen Kontext in dem sie existieren, mitzudenken. Das digitale Zeitalter hat individuelle und kollektive Teilnahme und Teilhabe in einer zuvor unvorstellbaren Geschwindigkeit und Größenordnung ermöglicht. Diese Teilnahme hat sowohl positive als auch negativen Folgen, welche in einem größeren gesellschaftspolitischen Kontext verstanden werden müssen.

Technologie an und für sich ist weder „gut“ noch „schlecht“. Wie die Forschung in den letzten Jahren gezeigt hat, können die grundlegende Annahmen, welche in die Gestaltung von Technologie einfließen, dazu führen, dass Teilen der Gesellschaft Schaden zugefügt wird, die aufgrund gesellschaftlicher Vorurteile und struktureller Diskriminierung bereits gefährdet oder verwundbar sind. Das digitale Zeitalter bringt zahlreiche Herausforderungen mit sich, sowohl was die Repräsentanz der Menschenrechte in digitalen Räumen, als auch was den Einfluss der Technologie auf unsere Offline-Menschenrechte betrifft. Wichtig ist es jedoch auch zu betonen, dass sie Möglichkeiten zur Stärkung und weiteren Durchsetzung der Menschenrechte mit sich bringt. Das ordnungspolitische Umfeld und die Art und Weise, wie die Politik durchgesetzt wird, werden einen entscheidenden Einfluss darauf haben, welcher Effekt vorherrschend sein wird.

Wenn nicht besonders darauf geachtet wird, wie die Technologie konzipiert und umgesetzt wird, laufen wir Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu verschärfen, anstatt

sie zu mildern. Zum Beispiel haben Studien (Beaunoyer, Dupéré, und Guitton 2020)¹ gezeigt, dass gesellschaftliche Ungleichheiten, die als Folge der Covid-19-Pandemie entstanden sind, die digitalen Ungleichheiten verschärft haben. Wenn Schulen auf Online-Unterricht umstellen, bleiben Schülerinnen und Schüler, die kein Zugang zu Computer haben ohne Zugang zu Bildung. Die Internetinfrastruktur und der Zugang zu digitalen Geräten sind durch die Pandemie zu einem noch wichtigeren Element des Bildungszugangs geworden. Deswegen hatten die gut gemeinten Bemühungen, Kindern trotz der Sperrmaßnahmen weiterhin Bildung zu bieten, in einigen Fällen den Effekt, dass nur Kinder aus privilegierten Verhältnissen Zugang gewährt wurde und andere zurück fielen.

Dies ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie gut gemeinte Initiativen im digitalen Zeitalter unbeabsichtigte schädliche Auswirkungen gehabt haben. Wie wir gesehen haben, haben sich frühe Hoffnungen, dass das Internet ein Ort ist, an dem alle Stimmen gleichermaßen gehört werden, als falsch erwiesen. Stattdessen hat sich die Machtdynamik weiter verschärft – diejenigen mit lauter Stimme haben einen Lautsprecher gefunden.

Es gibt aber auch Software, die mit dem Ziel entwickelt wird, Menschenrechte zu verletzen. Zum Beispiel sind Überwachungsmaßnahmen, die riesige Datenmengen über Menschen und ihre Handlungen sammeln können, online viel einfacher in großem Maßstab umzusetzen. Eine besonders beunruhigende Form der Überwachungstechnologie ist die Gesichtserkennungstechnologie.

Gesichtserkennung wurde bereits am Bahnhof Südkreuz getestet. Im Gegensatz zur regulären Videoüberwachung bedeutet die Einführung von Gesichtserkennungssoftware, dass unsere Bewegungen automatisch über verschiedene Orte hinweg verfolgt werden können. Dadurch werden mehrere Menschenrechte gefährdet, darunter die Vereinigungsfreiheit, die Meinungsfreiheit und Datenschutzrechte. Sie weist eine höhere Fehlerquote bei Menschen mit dunkler Hautfarbe auf², was den strukturellen Rassismus noch verschlimmert.

¹ Elisabeth Beaunoyer, Sophie Dupéré, und Matthieu J. Guitton, „COVID-19 and Digital Inequalities: Reciprocal Impacts and Mitigation Strategies“, *Computers in Human Behavior* 111 (Oktober 2020): 106424, <https://doi.org/10.1016/j.chb.2020.106424>.

² Joy Buolamwini, „Gender Shades: Intersectional Accuracy Disparities in Commercial Gender Classification“, MIT Media Lab, zugegriffen 8. Juni 2020, <https://www.media.mit.edu/publications/gender-shades-intersectional-accuracy-disparities-in-commercial-gender-classification/>.

Die Gründe für die Einführung von Überwachungstechnologie wie Gesichtserkennung beziehen sich in der Regel auf die nationale Sicherheit. Doch die Massenüberwachung ist ein Angriff auf die Unschuldsvermutung: wenn wir alle überwacht werden, sind wir alle schon verdächtig. Auch in einer demokratischen Gesellschaft ist ein solcher Ansatz beunruhigend: die gesammelten Daten können jederzeit missbraucht werden und die Gefahr von Datenlecks besteht durchgehend.

Auch im Inland ist Überwachungssoftware (stalkerware), die von misshandelnden Partnern installiert wird, um Bewegungen und Handlungen zu überwachen, zu einer Form der häuslichen Gewalt gegen Frauen* geworden. Frauen* sind besonders von technikbasierter Gewalt bedroht – vom „Doxing“, bei dem persönliche Daten gegen den Willen der Betroffenen online gestellt werden, über Stalking bis hin zu Beleidigungen und Drohungen, die über soziale Medien verbreitet werden. Gegenwärtig mangelt es den Menschen, die dies erleben, meist Frauen*, an Schutz und an Unterstützung nach dem Erleben solcher Gewalt.

In autoritären Regimen werden diese Bedenken noch extremer. Zum Beispiel hat Überwachungssoftware es autoritären Regierungen ermöglicht, die Grundrechte von Menschenrechtsverteidigern, Bürger*innen und Journalist*innen zu verletzen, darunter auch Software wie FinFisher der deutschen Gamma International GmbH³.

So kann jede Art von Technologie missbraucht oder für andere Zwecke eingesetzt werden, als für die sie beabsichtigt war. Social-Media-Plattformen sind ein weiteres Spannungsfeld. Während die Möglichkeiten, mit Menschen in Kontakt zu treten, Informationen auszutauschen und Gemeinschaft zu schaffen, genutzt wurden, um eine breite Unterstützung für soziale Bewegungen zu gewinnen, sind auch eine Reihe von Problemen aufgetaucht. Soziale Medien können auch genutzt werden, um zu Gewalt aufzurufen, Hassreden zu verbreiten oder bestimmte Gemeinschaften ins Visier zu nehmen. Social-Media-Unternehmen beginnen, ihre Verantwortung ernster zu nehmen, indem sie Inhalte entfernen und entsprechend moderieren. Aber es gibt noch viel mehr, was getan werden könnte, um auf Hassrede zu reagieren, die Rechte der Opfer durch strengere Gesetze zu schützen und zu regeln, wie Social-Media-Unternehmen auf diese Bedrohungen reagieren müssen.

Es gibt jedoch nach wie vor sehr viel Uneinigkeit darüber, wie Unternehmen des privaten Sektors sinnvoll für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden

³ Leo Thüer, „Türkei: Einsatz deutscher Spionagesoftware gegen Oppositionelle“, *netzpolitik.org* (blog), 15. Mai 2018, <https://netzpolitik.org/2018/tuerkei-einsatz-deutscher-spionagesoftware-gegen-oppositionelle/>.

können, sowie einen deutlichen Mangel an Transparenz bezüglich der Entscheidungen, die z.B. zur inhaltlichen Moderation intern getroffen werden. Einige Gemeinschaften sind von diesen Entscheidungen stärker betroffen als andere. Untersuchungen zeigen zum Beispiel, dass Frauen* und People of Colour in sozialen Medien besonders oft mit Hassrede konfrontiert sind⁴. Über eine relativ undurchsichtige „Meldefunktion“, und der „Blockierung“ von Nutzer:innen hinaus haben sie nur sehr wenige Möglichkeiten, ihre Täter für diese digitalen Gewalttaten zur Rechenschaft zu ziehen.

Das digitale Zeitalter bietet aber auch neue Möglichkeiten, die Machthaber zu kontrollieren und transparenter zu gestalten.

Ein Beispiel für verstärkte Durchsetzung von Rechenschaftspflichten der Regierung sind Online-Plattformen für Informationsfreiheit, die es ermöglichen, Anfragen nach den Informationsfreiheitsgesetzen mit einfachen Mitteln zu stellen. Diese Plattformen haben das Recht auf Zugang zu Informationen in das digitale Zeitalter gebracht. Dieses Maß an Befähigung der Bürger* ist für eine starke Demokratie von wesentlicher Bedeutung. Es ermöglicht Menschen den Zugang zu Informationen, die für sie von Bedeutung sind. So können auch sie als Wächter über das Regierungshandeln fungieren und an der Art und Weise mitwirken, wie wichtige öffentliche Entscheidungen getroffen und öffentliche Gelder ausgegeben werden.

Im alltäglichen Leben, ist es für die Menschen einfacher als je zuvor geworden, auch Menschenrechtsverletzungen zu beleuchten – Smartphone-Kameras sind so weit verbreitet, dass Menschenrechtsverletzungen immer häufiger gefilmt und diese Videos als Beweismaterial zur Verfügung stehen. Aber wie wir heute überall auf der Welt sehen, reichen Videobeweise allein nicht aus, um Rechenschaftsprozesse zu ändern oder um Machthaber mit Ungerechtigkeiten zu konfrontieren.

Hinweisgeber (Whistleblower) spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Missstände aufzuzeigen Machthaber zur Rechenschaft zu ziehen – ihr Recht, sich gegen Ungerechtigkeiten auszusprechen, sollte ebenfalls besser geschützt werden, wenn wir eine gerechte und rechenschaftspflichtige Demokratie haben wollen. Die Bedeutung des Datenschutzes und der Anonymität im Internet wird in den Ländern besonders deutlich, in denen abweichende Meinungen bestraft werden, z.B. in Ungarn,

⁴ „media.ccc.de - Digitale Gewalt gegen Frauen“, zugegriffen 8. Juni 2020, <https://media.ccc.de/v/pw19-263-digitale-gewalt-gegen-frauen>.

wo Journalist*innen oder Menschenrechtsverteidiger aufgrund von Beiträgen in sozialen Medien verhaftet wurden⁵.

Damit die Menschenrechte im digitalen Zeitalter geschützt werden können, muss die Gesetzgebung so aktualisiert werden, dass sie in den aktuellen Kontext passt. Eine Rechtsvorschrift, die nicht in den aktuellen Kontext passt, ist der §219a StGB, welcher verhindert, dass wichtige Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen online zur Verfügung gestellt werden dürfen. Dies ist ein besonders ungeheuerliches Beispiel dafür, wie veraltete Gesetze dazu benutzt werden, wichtige Gesundheitsinformationen zu zensieren, wodurch nicht nur die Rechte der Frauen*, sondern auch der Zugang zu Informationen verletzt werden. Dies steht in direktem Kontrast zu den Möglichkeiten, die die digitalen Räume bieten – Bürger*innen können sich über Themen, die für sie von Bedeutung sind, informieren und sind so befähigt, bessere Entscheidungen zu treffen.

Wie diese Beispiele gezeigt haben, reichen gute Absichten nicht aus, wenn es um den Schutz der Menschenrechte im digitalen Zeitalter geht. Um Missbrauch zu vermeiden, müssen die Bedürfnisse gefährdeter Gruppen bereits in der ersten Phase der Planung, Entwicklung und Einführung einer neuen Technologie berücksichtigt werden. Schutzvorkehrungen müssen in alle Aspekte einer Technologie eingebaut sein: In die Art und Weise, wie Daten gesammelt und analysiert werden, als auch in das regulatorische Umfeld, in dem die Technologie eingesetzt werden soll.

Die Grenze zwischen „offline“ und „online“ wird immer unschärfer, und deshalb müssen die Gesetze zum Schutz unserer Menschenrechte angepasst werden, um den Gegebenheiten, in denen wir heute leben, gerecht zu werden. Das digitale Zeitalter bietet Möglichkeiten für mehr Transparenz der Regierung und damit auch für eine stärkere Beteiligung. Sie bringt aber auch Herausforderungen in Sachen Zugang und Missbrauch eben dieser Technologien mit sich. Um Menschenrechte im digitalen Zeitalter zu schützen, zu verteidigen und durchzusetzen, müssen bei der Umsetzung von Maßnahmen die Menschenrechte in den Mittelpunkt gestellt und die bestehenden sozialen Strukturen berücksichtigt werden.

⁵ Lili Bayer, „Orbán critics fall foul of Hungary’s controversial corona law“, POLITICO, 14. Mai 2020, <https://www.politico.eu/article/viktor-orban-critics-fall-foul-of-hungary-controversial-coronavirus-covid19-law/>.